



Pressemitteilung der Klimaliste Hessen zur ÖPNV-Fahrpreissteigerung

3. Juli 2023 · Bearbeiten

- Deutschlandticket verteuert übrige Fahrpreise
- Für viele Pendler ist das Deutschlandticket nicht effektiv nutzbar
- KLIMALISTE Hessen fordert die Landesregierung auf, die Verkehrsverbünde nicht hängen zu lassen
- Erneute Fahrpreissteigerung im RMV um 8,2 % verhindert Zuwächse im ÖPNV
- Schwarz-Grüne Landesregierung vergisst beim ÖPNV viel zu oft die Alltagsnot der Menschen

„Wenn eine nachhaltige Verkehrswende in Hessen gelingen soll, muss die schwarz-grüne Landesregierung den Nahverkehr stärker fördern und nicht immer weiter unerschwinglich machen.“ So der Spitzenkandidat der Klimaliste Hessen, Wulf Hahn.

Landesverkehrsminister Tarek Al-Wazir hat ein Klimaschutzversprechen einzuhalten. Dazu muss er sich mehr für einen attraktiven Nahverkehr engagieren.

Eine Erhöhung der Fahrpreise um 8,2% steht in keiner Relation zum Ziel in Hessen einen attraktiven Nahverkehr aus- und aufzubauen,“ so ÖPNV-Experte Hahn, Vorstandssprecher der KLIMALISTE Hessen.

Anstatt weiterhin 170 Mio. EUR in den Landesstraßenbau zu stecken, sollte man einen neuen Schwerpunkt beim ÖPNV legen, anstatt die höheren Kosten im ÖPNV auf die Fahrpreise aufzuschlagen. Denn die Mehrkosten (bedingt durch Energiepreise) von 25 % im Vergleich zum Vorjahr sind nicht durch Fahrpreissteigerungen kompensierbar.

Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung trotz Deutschlandticket und dem „Hessen Pass Mobil“, das zum 1. August eingeführt werden soll, diejenigen, die diese Tickets nicht nutzen können, nicht entlastet, kritisiert Nahverkehrsexperte Wulf Hahn die jüngste Entwicklung.

Problematisch ist vor allem, dass für viele Pendler das Deutschlandticket nicht effektiv nutzbar ist, da oftmals Fernverkehrsangebote genutzt werden müssen, um attraktive Fahrzeiten zu erzielen. Dies betrifft beispielsweise Fahrtbeziehungen von Südhessen nach Frankfurt.

Mit der letzten bereits umgesetzten Preiserhöhung im Jahr 2022 (+5,4 %) wird der Nahverkehr jetzt insgesamt um 14 % teurer, was ebenfalls zu Fahrgastrückgängen führen kann.

Der aktuell nach wie vor zu beobachtenden Rückgang der Fahrgäste – alleine im RMV-Gebiet von etwa 808 Mio. auf 560 Mio. Fahrgästen zwischen 2019 und 2022 (vgl. RMV in Zahlen) – sollte nicht mit Fahrpreissteigerungen beantwortet werden.

Wenn die Klimaschutzziele erreicht werden sollen, muss sich das Land wesentlich stärker engagieren, um Anreize zum Umstieg in den ÖPNV zu setzen.

Bis 2030 geht der RMV von einer Verdopplung des Finanzierungsbedarfs von derzeit 2 Mrd. € aus. 90 % davon werden für die Sicherung des bestehenden Angebotes benötigt, so der RMV in einer Mitteilung an den Verkehrsexperten Wulf Hahn.

Der Rückgang der Kostendeckung von 56 auf 30 % infolge des Deutschlandtickets muss daher vom Landeshaushalt übernommen werden, um den ÖPNV nicht schlechter zu stellen. 10 % Reserve für Ausbaumaßnahmen werden nicht reichen, um den dringend notwendigen Ausbau des Bus und Bahn-Angebotes zu finanzieren.

Um die Verkehrswende umzusetzen, muss jedoch weitaus mehr an öffentlichen Geldern eingesetzt werden, so die Auffassung der Klimaliste Hessen.

„Wir erwarten, dass die ÖPNV-Politik des Landes endlich auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht und attraktive Angebote schafft. Die sozial verträgliche Verkehrswende braucht die Akzeptanz der Menschen.“ so Dr. Claudia von Eisenhart Rothe

Dipl.-Geogr. Wulf Hahn

(KLIMALISTE Hessen, Landesvorstand)

Marburg, 03.07.2023

Mobil 0160 – 984 87 805

[Hintergrund](#)

[KLIMALISTE Hessen e.V.](#)

Die KLIMALISTE möchte zur Landtagswahl antreten, da sie bereits gute Erfahrungen in der Kommunalpolitischen Arbeit sammeln konnte.

Aktuell sammelt sie die dazu notwendigen Unterstützungsunterschriften.

LINK!!!

Die KLIMALISTE Hessen e.V. ist eine politische Graswurzelbewegung zur Durchsetzung konsequenter Klimaschutzmaßnahmen.

Erklärtes Ziel ist die Umsetzung der klimapolitischen Wende zur maximal möglichen Reduktion des Treibhausgasausstoßes. Dazu treten und traten überparteiliche Klimalisten bundesweit zu Landtags- und Kommunalwahlen an.

In Hessen gelang ihnen der Einzug in mehrere kommunale Parlamente, am erfolgreichsten war die KLIMALISTE in Marburg, wo sie seit 2021 Verantwortung in der Regierungskoalition übernimmt.

In den Klimalisten findet man einen Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen, Studierenden, Eltern, Azubis, Angestellten, Unternehmerinnen und anderen im Klimaschutz engagierten Einwohner*innen. Gemeinsam wird so die Eindämmung der Klimakrise zur höchsten Priorität erklärt, mit dem klaren Ziel, ein zukunftsfähiges, klimaneutrales Deutschland zu bauen.

Bislang forderte die KLIMALISTE die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze.

Aufgrund neuester wissenschaftlicher Untersuchungen muss festgestellt werden, dass diese Grenze wahrscheinlich nicht mehr gehalten werden kann. Da jedes zusätzliche Zehntelgrad horrenden Schäden für unsere Umwelt, der öffentlichen Infrastruktur und auch der Wirtschaft bedeutet, setzt sich die KLIMALISTE dafür ein, maximale Anstrengungen zu unternehmen, um den Treibhausgasausstoß bis 2035 auf Netto-Null zu reduzieren.

Mehr Infos unter: <https://www.klimaliste.de/grundkonsens>
und www.klimaliste-hessen.de

Fragen beantwortet:

Dr. Claudia von Eisenhart Rothe

E-Mail: cl.eisenhart@klimaliste-oberursel.de

Mobil: 0175-5670228

Folgen Sie uns in den sozialen Medien:

<https://twitter.com/KlimalisteHE>

<https://www.facebook.com/KlimalisteHE/>

https://www.instagram.com/klimaliste_hessen/

Kategorie Klimaliste Hessen, Pressemitteilung

← Vorheriger Artikel

Pressemitteilung Klimaliste irritiert über Minister – Hessen ist Schlusslicht bei Verkehrswende und nicht Vorreiter